



HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2019

Kleine Anfrage

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Torsten Felstehausen (DIE LINKE)**K+S Rückstandshalde Hattorf: Seit mindestens neun Jahren werden Metalle in das Grundwasser freigesetzt****und**

Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Rahmen des Monitorings der Rückstandshalde Hattorf der K+S KALI GmbH wurden im Jahr 2010 erstmals erhöhte Metallkonzentrationen (Aluminium, Cadmium, Nickel, Quecksilber, Blei, Kupfer) im Grundwasser festgestellt. Im Juli 2016 hat das Thüringer Landesverwaltungsamt auf Grund der Belastung mit Metallen zum Schutz der Menschen die Nutzung von Grundwasser und Oberflächenwasser in der Nähe der Rückstandshalde Hattorf untersagt (Thüringer Staatsanzeiger Nr. 33/2016). Am 3. Dezember 2018 wurde im Thüringer Staatsanzeiger (Nr. 1/2019) die "Zweite Thüringer Verordnung zur Aufhebung eines Wasserschutzgebietes in der Gemeinde Unterbreizbach" veröffentlicht. Das Problem der Grundwasserbelastung durch Metalle, verursacht durch den Betrieb der Rückstandshalde der K+S KALI GmbH in Hattorf, besteht jetzt seit mindestens neun Jahren. Darüber hinaus ist das Grundwasser seit Beginn der Aufhaltung 1918 mit Salzen aus den Haldenabwässern belastet.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Der Antwort der Kleinen Anfrage "Hintergründe der Aufhebung eines Wasserschutzgebiets in der Gemeinde Unterbreizbach" (Thüringer Landtag Drucks. 6/6889) ist zu entnehmen, dass das durch den Betrieb der K+S Rückstandshalde Hattorf auf hessischem Gebiet seit mindestens 2010 geschädigte Grundwasser auf thüringischer Seite noch immer nicht – z.B. zur Trinkwassergewinnung – verwendet werden kann.
- a) Ab wann kann nach Einschätzung der Hessischen Landesregierung das Grundwasser im Haldenumfeld auf hessischer wie thüringischer Seite wieder uneingeschränkt genutzt werden?
 - b) Können die Ursachen der Grundwasserschädigung beseitigt bzw. die Grundwasserschäden behoben werden?
 - c) Ist es möglich, dass das Land Thüringen oder Dritte, aufgrund der ausgefallenen Wassernutzung, Regressansprüche an das Land Hessen, welches die Aufsichtspflicht für einen gefahrlosen Betrieb der K+S Rückstandshalden hat und deren Weiterbetrieb trotz Kenntnis der Schwermetallfreisetzung erlaubte, richten könnte?

Die Halde Hattorf befindet sich zu ca. 2/3 auf hessischem und 1/3 auf thüringischem Gebiet. Jedes Land ist nach Auskunft des Regierungspräsidium Kassel für den Teil der Halde der im entsprechenden Bundesland liegt verantwortlich, d.h. etwaige Sanierungs- und Abwehrmaßnahmen erfolgen jeweils getrennt in den einzelnen Bundesländern.

Auswirkungen auf Schutzgüter, die Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich machen, werden derzeit in Hessen nicht gesehen. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums Kassel sind zum einen die Aluminium- und Schwermetallkonzentrationen (AL und SM-konzentration) wesentlich geringer und zum anderen treten die Wässer, anders als im thüringischen Teil, nicht oberflächennah aus. Derzeit gibt es keine Überschreitungen der Umweltqualitätsnormen (UQN-Werte) in der Werra. Weiterhin treten in Hessen oberflächennah keine belasteten Wässer aus. Eine Nutzung der belasteten Wässer findet ebenfalls nicht statt. Eine Einschränkung des Gemeindegebrauchs zur Vorsorge einer Verfrachtung in andere Umweltmedien und zum Schutz der Bevölkerung vor Kontakt oder einer indirekten Aufnahme bzw. die Anordnung von Maßnahmen, wie es in Thüringen der Fall war, ist aufgrund der derzeit vorliegenden Messwerte in Hessen nicht notwendig. Die belasteten Wässer befinden sich im vergleichsweise oberflächennahen Bereich, dem sog. Schwebenden Grundwasserleiter (SGWL). Die einzigen derzeit bekannten Austrittsstellen dieses SGWL sind die o.g. Bereiche in Thüringen, wo bereits Maßnahmen durchgeführt wurden. In Hessen konnten derzeit keine Austrittsstellen ermittelt werden. Weiterhin wird der Bereich des SGWL durch den Mess- und Beobachtungsplan (MuB) erfasst und regelmäßig beprobt.

Die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Unterbreizbach erfolgt aus Quelldargeboten am Oechseberg im Ortsteil Sünna. Bis zum Jahr 2008 wurde der Tiefbrunnen Hy Unterbreizbach 1/1943 (Glaamer Grund) lediglich als Zuschusswasser temporär genutzt. In der Folge dann nur noch als Notwasserdargebot. Die letzte Wasserentnahme erfolgte im Jahr 2015 (insgesamt 25 Kubikmeter). Mit Schreiben vom 12. Oktober 2018 hat der Wasser und Abwasser-Verband Bad Salzungen (WVS) bei der oberen Wasserbehörde in Thüringen die Aufhebung des Wasserschutzgebietes für den Tiefbrunnen Hy Unterbreizbach 1/1943 (Glaamer Grund) beantragt. Als Grund wurde die Schaffung eines Ersatzdargebots genannt. Mit gleichem Schreiben hat er die Aufgabe der wasserrechtlichen Nutzungsgenehmigung für die Wasserentnahme aus dem Brunnen angezeigt. Die rechtlichen Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz für einen Erhalt des Wasserschutzgebietes waren somit nicht mehr gegeben. Das Wasserschutzgebiet war gemäß § 130 Abs. 2 Satz 3 bis 5 Thüringer Wassergesetz aufzuheben. Der Tiefbrunnen Hy Unterbreizbach 1/1943 wird laut Mess- und Beobachtungsplan (MuB) seit 2005 vierteljährlich beprobt. Bisher lagen alle Werte bezogen auf die Salzparameter innerhalb der Grenzwerte der Trinkwasserverordnung (Chlorid ca. 35 mg/l; vgl. TrinkwV 250 mg/l). Der Brunnen ist in einer Tiefe von ca. 81 m u. Geländeoberkante (GOK) verfiltert. Aluminium (AL) und Schwermetalle (SM) werden seit 2014 beobachtet. Auch diese Werte sind bisher unauffällig.

Zu Frage 1 b: Im Hinblick auf die Grundwassersituation wird auf die Antwort zur Frage 1.a) verwiesen. Die Auswirkungen lassen sich durch technische Maßnahmen z.B. hydraulische Abwehrmaßnahmen (Brunnen, Quelfassungen, Tiefendrainage, usw.), wie sie bereits umgesetzt werden, minimieren. Durch die Abdeckung der Halden wie im detaillierten Maßnahmenprogramm Salz vorgesehen, wird sich der Eintrag von Haldensickerwasser durch Niederschlag deutlich reduzieren.

Zu Frage 1 c: Der Tiefbrunnen Hy Unterbreizbach (Glaamer Grund) wurde durch den Wasserversorger bereits vor 2008 lediglich als Zuschusswasser genutzt und in der Folge dann nur noch als Notwasserdargebot mit letztmaliger geringer Entnahmemenge 2015. Insoweit wurde der Brunnen nicht zur Trinkwasserversorgung genutzt. Die Nutzung des Tiefbrunnens wurde vom Wasserversorger freiwillig aufgegeben. Es ist nicht ersichtlich, worauf sich hier ein Regressanspruch gegen das Land beziehen sollte.

Frage 2. Am 29.09.2016 berichtete die hessische Umweltministerin Priska Hinz im Unterausschuss, dass lediglich 4 % der Gesamthaldenabwässer in das Grundwasser gelangten, die anderen 96 % würden aufgefangen. (ULA Drucks. 19/40).

a) Wie hoch ist aktuell der Anteil der Haldenabwässer, der noch nicht aufgefangen und gereinigt wird?

b) Konnte der pH-Wert im Haldenumfeld, dessen Verschiebung ins saure Milieu ursächlich für die Mobilisierung von Schwermetallen und Aluminium aus den Tonschichten unterhalb der Halde ist, wieder normalisiert werden und wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Im Rahmen der Berichterstattung der hessischen Umweltministerin Priska Hinz im Unterausschuss am 29.09.2016 argumentierte MinR. Dr. Q auf Nachfrage der damaligen Abgeordneten Marjana Schott, dass durch die Gewässerbelastung aus dem Betrieb der K+S Rückstandshalde in Hattorf Geringfügigkeitsschwellen für einige Metalle überschritten würden, aber auf Grund der geringen Fracht „keine Besorgnis“ im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes „zu attestieren“ sei. (ULA Drucks. 19/40) In ihrer Rede zu der Großen Anfrage „Schwermetallverseuchung durch K+S-Rückstandshalde Hattorf (Drucks. 19/4778 zu Drucks. 19/4354) sagte die Umweltministerin am 28. Juni 2017: „Bis heute ist auf hessischer Seite auch keine Gefährdung von Grund- und Trinkwasser zu besorgen.“

Dies steht im Widerspruch zu dem Vorgehen der thüringischen Behörden, die eine Gefährdung nicht nur für möglich hielten, sondern eine Belastung festgestellt haben. Im Juli 2016 wurde die Nutzung des auf hessischer Seite belasteten Grundwassers (schwebende Grundwasserleiter) bzw. der sich aus diesen speisenden Quellen auf thüringischer Seite bis heute untersagt und Anfang dieses Jahres wurde auch der Status Wasserschutzgebiet aufgehoben (s. Vorbemerkung u. Drucks. 6/3088, 24.11.2016).

c) Wie erklärt das hessische Umweltministerium diesen Widerspruch und bleibt die hessische Umweltministerin bei der Feststellung, dass eine „Besorgnis“ im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes weder 2016 festzustellen war, noch heute gegeben ist? (Antwort bitte mit Begründung)

Zu Frage 2 a: An der Situation hat sich grundsätzlich nichts geändert.

Zu Frage 2 b: Als mögliche Maßnahmen kommen derzeit nur technische Maßnahmen wie hydraulische Sicherungen in Frage. Generell sind die Wirkmechanismen, die zu einer Veränderung des pH-Wertes führen, sehr komplex. Derzeit forscht K+S an einer Übertragung der Wirkprozesse in ein Modell, um zukünftig Aussagen über die Dauer der Schwermetallfreisetzen unter spezifischen Haldenabschnitten durchführen zu können. Hier ist allerdings noch Grundlagenforschung zu betreiben. Die im Bericht „Arbeitsplan zur Optimierung der Parametrisierung der Schwermetallmobilität und Absicherung der Prognosesicherheit“ beschriebenen Maßnahmen dienen dem Ziel, die Mechanismen der Schwermetallmobilität in den Untersuchungsgebieten im Detail zu entschlüsseln und in einer Weise zu quantifizieren, die von Behörden und behördlichen Gutachtern in jedem Teilschritt objektiv überprüft werden kann.

Zu Frage 2 c: Auf die Antwort zu Frage 1 a wird verwiesen.

Im Unterschied zu Thüringen werden in Hessen weder der „Schwebende Grundwasserleiter“ noch der Hauptgrundwasserleiter im hessischen Teil des Haldenumfelds zur Trink- oder Brauchwassergewinnung genutzt. Unterschiedliche standörtliche Rahmenbedingungen können zu unterschiedlichen Bewertungen eines Gefährdungspotenzials führen. Der oben erwähnte Brunnen (Hy Unterbreitzbach 1/1943) wird regelmäßig seit 2005 überwacht. Eine erhöhte Belastung an Chlorid (Messwert ca. 35 mg/l) konnte hierbei nicht festgestellt werden. Die Aufhebung des Wasserschutzgebietes wurde vom Zweckverband beantragt, weil das Wasserdargebot nicht mehr benötigt wird.

Insoweit wird die damalige Aussage bestätigt.

- Frage 3. Aus der Antwort der Kleinen Anfrage „Hintergründe der Aufhebung eines Wasserschutzgebiets in der Gemeinde Unterbreitzbach“ (Thüringer Landtag Drucks. 6/6889) ist zu entnehmen, dass die K+S KALI GmbH in diesem Jahr zu der Gewässerbelastung aus dem Betrieb der K+S Rückstandshalde in Hattorf ein „Gutachten zur Detailuntersuchung mit abschließender Gefährdungsabschätzung“ erarbeitet. Diese Gefährdungsabschätzung soll laut dem thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz als „Grundlage für die Entscheidung weiterer notwendiger, verhältnismäßiger Maßnahmen zur Sicherung und gegebenenfalls Sanierung dienen“.
- a) Zu welchen Ergebnissen gelangt dieses Gutachten mit Gefährdungsabschätzung der K+S KALI GmbH?
 - b) Welche Maßnahmen wurden aufbauend auf der Gefährdungsabschätzung vereinbart bzw. umgesetzt?

Nach Auskunft des Regierungspräsidiums Kassel wird das „Gutachten zur Detailuntersuchung mit anschließender Gefährdungsabschätzung“ in Thüringen derzeit noch erarbeitet und liegt somit noch nicht vor. Sobald dies in Thüringen vorliegt und geprüft wird, wird dies auch an das Regierungspräsidium Kassel weitergeleitet werden.

Wiesbaden, 29. August 2019

Priska Hinz